



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Deutschland 30 Pf. Bei direktem Postbestell ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., für den Auslandsendung 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsredaktion: Amst. Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die Adressen des Postamt-Büros oder deren Name 70 Pf., kleine Anzeigen das fertige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Lesungsverzeichnis 30 Pf., bei Familien- und Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsredaktion: Amst. Norden 2708.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 23. Januar 1919

Nummer 40

Keine Preisgabe des Sozialismus!

Der Belagerungsstand in Hamburg.

Hamburg, 22. Januar.

Die militärische Proklamierung des Belagerungsstandes lautet folgendermaßen:

Herabgerufen durch die heutigen Ereignisse ist der Belagerungsstand über Hamburg verhängt worden. Das Publikum kann ruhig seiner Beschäftigung nachgehen in den Tagesstunden von morgens sieben bis abends sieben Uhr. In der übrigen Zeit ist das Betreten der Straßen, öffentlichen Plätze usw. verboten. Sämtliche öffentlichen Lokalitäten, Theater, Cafés usw. haben sieben Uhr abends zu schließen. Diese Bekanntmachung bleibt bis auf weiteres in Kraft.

Die wichtigsten Gebäude der Stadt sind in weitem Umfange abbesetzt und es sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Bis auf das Gebäude der Landwehrbrigade ist alles wieder im Besitz der Regierungstruppen. Der militärische Sicherheitsdienst, der etwa 3000 Mann Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat, beabsichtigt, mit aller Schärfe weitere Anschläge im Keime zu ersticken, um Vorkommnisse wie in Berlin zu verhindern. Seit am 9. Dezember vorigen Jahres wegen des Vorkommnisses in Schupfart genommene Medaillen sind hier in den beiden ehemaligen Mitgliedern der Nachrichten- und Presseabteilung des K. und S.-Kates Wolf und Freund heute aus der Schupfart entlassen worden.

Hamburg, 22. Januar. Im Seemannsbund zusammengefloßene Seeleute sind heute vormittag zum Aufbruch gezwungen und haben durch eine Abordnung zum Arbeiterrot die Befreiung der Seemannsorganisation und Abänderung des geschilderten Tarifvertrages verlangt. Sie erklärten sich gegen die Häuerbunde und gegen den Vorsitzenden der Seemannsorganisation Paul Müller wegen seiner geringen Rede in der Vorversammlung. Nach der Forderung, daß über den Tarif und die nicht rechtsgeliche Regelung unterliegenden Forderungen verhandelt werden solle, zogen die Seeleute wieder ab.

Braunschweig gegen die Reichsregierung.

Im Laufe einer auf dem Schloßhof in Braunschweig abgehaltenen Volksversammlung ergriffen mehrere Männer von der Regierung das Wort. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, wurde mitgeteilt, die Unabhängigen hätten die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen. Die Vertreter aus Rheinland und Westfalen boten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, um zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anführung vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden. — Es ist beschlossen worden, Donnerstag vormittag allgemein die Arbeit wieder aufzunehmen.

Generalfreist in Danzig.

Danzig, 22. Januar. Hier ist heute, wie der „Telegraphen-Union“ gemeldet wird, der Generalfreist als Protest gegen die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, proklamiert worden. Die Betriebe stehen still, alle Geschäfte sind geschlossen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Reuter meldet aus London: Die Besprechung zwischen dem parlamentarischen Ausschuss der englischen Trade Unions und der Vertretung der amerikanischen Arbeiter, über die Einleitung der letzteren zu einer Konferenz und über Einleitung einer internationalen Gewerkschaftsbewegung hat mit der Annahme der Einladung und der Wahl von fünf englischen Vertretern, nämlich Thorne, Grison, Bowyer, Gosling und Keller, dem Vorsitzenden des Bundes-

arbeiterverbandes, geendet. Eine weitere Besprechung zwischen englischen, amerikanischen und französischen Vertretern wird in den nächsten Tagen in Paris stattfinden.

Protest gegen die Verlegung der Nationalversammlung.

Die Stadtverordneten Dr. Mehl und Brimann haben namens ihrer Fraktionen folgenden scharfen Antrag gestellt: Wir beantragen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Namens der Berliner Bürgererschaft gegen die Verlegung der Deutschen Nationalversammlung nach Weimar bei den zuständigen Behörden Protest zu erheben.

Die internationale Konferenz.

Auf der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Bern wird die Unabhängige Sozialdemokratie durch Hugo Haase, Karl Rautsky und Hermann Jaedel vertreten sein, die Rechtssozialisten entsenden Hermann Müller, Otto Wels und Hermann Mollenhuth.

Eine Entente-Kommission für Polen.

Paris, 22. Januar. (Reuter.) Der Oberste Kriegsrat beriet über die polnische Frage und beschloß, sofort eine aus zwei Delegierten (einem Zivildelegierten und einem militärischen Delegierten) der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens bestehende Kommission nach Polen zu entsenden. Daraus nahmen die Minister die Unterjochung der russischen Frage wieder auf.

Die Internationale gegen den Mordbegriff.

Petersburg, 18. Januar. (Mosk.) Der deutsche revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat in Moskau vernahm gestern in später Abendstunde die traurige Nachricht von dem Tode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Obwohl in der letzten Zeit des Kampfes auf jede Nachricht gefaßt, finden wir, plötzlich vor eine derart betäubende Last drückt, seine Worte, um unserer Trauer und Empörung Ausdruck zu verleihen. Wir haben die feste Überzeugung, daß die durch derart seine Mordpläne beabsichtigten Ziele der Feinde des Proletariats nicht erreicht werden, sondern daß die Arbeiterklasse dadurch noch fester zusammenschließt und, um vereint ihre Gegner endgültig niederzuschlagen. Wir sind überzeugt, daß unserem unverrückten Führer Karl Liebknecht sowie Rosa Luxemburg würdige Nachfolger ersehen werden, um deren begonnenes Werk zum herrlichen Ende zu führen. Das deutsche Proletariat schließt sich einmütig mit dem russischen in der Trauer um seine beiden großen Kämpfer und im Kampfe gegen alle Feinde der Revolution.

Oslo, 22. Januar. (Eigener Traibericht der „Freiheit“.) 600 Frauen und Männer in Oslo (Norwegen) drücken Spartakus und die Unabhängigen in ihrem Kampf für die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse. Wir sprechen unseren Absichten aus vor den Helden Liebknecht und Rosa Luxemburg. Vort den Tod der Helden haben die Vereinigung der deutschen Arbeiter vorwärts im Kampfe für den Sozialismus. Es lebe der Sozialismus! Riis-Debaare, Oslo.

Streiklage in Oberschlesien.

Reutten, 22. Januar. Die Streiklage in den ober-schlesischen Gruben ist heute ebenso wie gestern. Während einzelne Gruben die Arbeit wieder aufnehmen, streiken ebenso viele erneut in den Aufstand; die Erwartung, daß heute die Arbeit allgemein wieder aufgenommen würde, hat sich also nicht erfüllt. Es sind weiter etwa 30 000 Mann arbeitslos.

Eine Koalitionsregierung?

Die Betrachtung des Wahlergebnisses zeigt, daß Deutschland sozialistisch ist. Wäre das Proletariat einig, ja, hätten die rechtssozialistischen Führer auch nur seit dem 9. November eine Politik verfolgt, die die Klust zwischen den sozialistischen Parteien nicht noch mehr vertieft hätte, dann wäre eine starke sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung das selbstverständliche Ergebnis gewesen. Aber auch jetzt ist der Sozialismus in der Nationalversammlung und in noch höherer Maße im Volke selbst so stark, daß er allein die Grundlage für die Regierungspolitik abgeben kann.

Das ist aber nicht die Meinung dieser Regierung. Sie deutet das Wahlergebnis im dem Sinne, daß ihre Aufgabe beendet sei. Die sozialistische Regierung soll verschwinden und an ihre Stelle eine Koalitionsregierung treten, die sich aus Rechtssozialisten und bürgerlichen Demokraten zusammensetzt. Man merkt es dieser Regierung an, wie froh sie ist, ihrer Verantwortlichkeit entlassen zu können, wie sie selbst nach Weimar fliehen möchte. Angst vor sozialistischem Mut ist ihr Kennzeichen.

Ueber die Politik einer solchen Koalitionsregierung braucht nicht viel gesagt zu werden. Schon die rechtssozialistischen Führer haben keine Politik getrieben, die man als sozialistisch bezeichnen kann. Sagen sie erst mit den Demokraten zusammen in der Regierung, dann würde die bürgerliche Demokratie über den Inhalt der Politik entscheiden und nicht die Sozialisten, dann wäre an die Umwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft zunächst zu denken.

Wir meinen, eine solche Politik widerspricht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands.

Wir stehen unbedingt auf dem Boden der Demokratie. Wir wollen nach wie vor jede Unthätigkeit und jede künstliche Revolutionen für verfehlt. Wir erkennen die Notwendigkeit der Erhaltung des Mehrstimmens an, in seinen Funktionen der Überwachung und der Kontrolle der Betriebe und der Durchführung der Sozialisierung. Wir lehnen es aber ab, alle politische Gewalt den Räten zu übertragen. Diese steht unserer Meinung der vom ganzen Volke gewählten Vertretung zu.

Aber auf dem Boden der Demokratie stehen heißt noch nicht, sich auf dem Boden des parlamentarischen Mehrstimmens stellen. Das Schicksal des Sozialismus kann nicht davon abhängig sein, daß infolge schlechter Führung, momentaner ungünstiger Umstände, eines, wie es sich herausstellt, mangelhaften Wahlergebnisses ein paar Mandate zur Majorität fehlen. Es ist keine Vertiefung der Demokratie, wenn eine Regierung, die allein die Dinge meistern kann, hinter der die Majorität der Bevölkerung steht, also eine wirklich sozialistische Regierung, die die Unterjochung des ganzen Proletariats genießen würde, die Geschäfte weiterführt. Auch in normalen Zeiten könnte so verfahren werden.

Doch handelt es sich um die Nationalversammlung, die zur Erfüllung ganz bestimmter Aufgaben gewählt ist: zur Erlassung einer Verfassung, zur Erledigung der dringenden Steuererlasse, vielleicht noch des Friedensschlusses. Es ist nicht einzusehen, warum eine sozialistische Regierung vor Durchführung dieser Aufgaben das Mandat, das sie von der Revolution erhalten hat, einlösen verweigern sollte. Die genannten Fragen können in der Nationalversammlung durch Majoritätsentschlüsse gelöst werden, die die Demokratie anerkennen muß. Aber über die Zusammensetzung der Regierung kann erst das ordentliche Parlament entscheiden, das auf Grund der neuen Verfassung zusammenberufen werden muß. Bis dahin müßte eine sozialistische Regierung und der Zentralrat im Amt bleiben.

Dies um so mehr, als eine Koalitionsregierung absolut regierungsunfähig wäre. Man gebe sich doch keiner Täuschung hin! Glaubt man denn, daß die Arbeiterklasse, die nach dem Zusammenbruch des alten Gewaltregimes endlich zum Bewußtsein ihrer Macht gekommen ist, ruhig zusehen würde, wie das Völkertum wieder

mit Hilfe der rechtssozialistischen Führer politisch und ökonomisch in den Sattel gesetzt würde? Bilden sich die Scheidemann, Ebert und Landberg wirklich ein, daß die Arbeiter nun etwa auf die Sozialisierung verzichten würden? Wenn sie eine Spur politischer Voransicht besäßen, müßten sie sich doch sagen, daß der Widerstand gegen den Sozialismus, den eine solche Koalitionsregierung leisten würde, nur die unheilvollsten Folgen haben könnte.

Wenn der sozialistische Neuaufbau nicht von der Zentrale aus vernünftig, aber auch mit aller Energie in Angriff genommen wird, dann wird sich — und da werden alle Reden und selbst die Gewaltpolitik eines Noske, nichts daran ändern — die Arbeiterklasse nicht zurückhalten lassen, überall selbst vorzugehen. Und dann bekämen wir nicht Sozialismus, sondern einen wirtschaftlichen Syndikalismus, der ein Unglück wäre.

Die Koalitionsregierung würde ja versuchen, mit allen Gewaltmitteln dem entgegenzutreten. Aber das würde nur bedeuten, daß die deutsche Wirtschaft vollends ruiniert, neue Wirren heraufbeschworen, der Bürgerkrieg bereitet wird. Wenn die Ebert, Scheidemann und Landberg meinen, ihrer Regierung durch Veranziehung von Würtemberg größere Sicherheit geben zu können, die sozialistische Neuordnung vertagen und in aller Stille die rein demokratischen Errungenschaften beistimmen zu können, dann geben sie sich einem schweren und verhängnisvollen Irrtum hin. Diese Politik würde nur neues Unheil heraufbeschwören. Die Kämpfe in der Arbeiterklasse selbst noch erbitterter gestalten und die Gefahren der Gegenrevolution in nächster Nähe rufen.

Die rechtssozialistischen Führer aber können und wollen nicht zurück. Dazu ist ihre eigene Denkweise schon zu verblüffend.

Gegen diese Breitsand des Sozialismus, die noch schlimmer und verhängnisvoller ist als alles, was bisher geschehen ist, gibt es nur ein Mittel, das ist der Widerstand der Arbeitermassen selbst. Sie selbst müssen auf den Plan treten und ihre Sache kämpfen. Sie selbst müssen verhindern, daß der Bourgeoisie wieder alle Trümmer in die Hand geworfen werden.

Noch ist es nicht zu spät, aber die Entscheidung steht unmittelbar bevor. Die Politik, die jetzt nötig ist, kann nicht von der bisherigen Regierung vertreten werden. Das Proletariat braucht neue energiegeladene Männer, die sich nicht vor der Verantwortung scheuen, die nicht vor der Revolution davonlaufen, sondern die ungeheuren Probleme zu lösen und zu überwinden verstehen. Das Proletariat muß einig werden, soll nicht seine Uneinigkeit zur teuersten Niederlage führen. Es muß einig sein, um die Macht die ihm zu entzücken droht, festhalten zu können. Es muß protestieren gegen den Versuch, den Würtemberg die Möglichkeit zu geben, gegenüber den unehelichen sozialistischen Parteien wieder den Schiedsrichter zu spielen und in nicht langer Zeit den arbeitenden Herrn.

Wir Unabkömmlichen Sozialdemokraten erheben mit allem Nachdruck Einspruch gegen diese Politik der rechtssozialistischen Führer, und wir wollen alle Arbeiter, ihnen auch noch auf diese Bahn, die zum Abgrund führt, zu folgen.

Das Endziel der Regierungstruppen.

Wolff verbreitet folgenden Versuch einer Verteilung:

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 21. Januar sind unter der Überschrift: Das Endziel der Regierungstruppen Flugblätter erwähnt, welche unter den Truppen massenweise verteilt sein sollen. In den Flugblättern, für deren Inhalt die Führer der Truppen verantwortlich gemacht werden, wird in reaktionärem Sinne gegen die jetzige Regierung aufgereizt.

Wie und von der zuständigen militärischen Dienststelle mitgeteilt wird, sind diese Flugblätter nicht auf Veranlassung einer militärischen Dienststelle verfaßt, gedruckt oder verteilt worden. Für Flugblätter, welche von Parteien oder Privatpersonen öffentlich verteilt werden, können Militärbehörden nicht verantwortlich gemacht werden.

Daraufhin eine kleine Anfrage:

Ein Liebesbrief, der noch nie geliebt wurde.

Von Peter Altenberg †.

„Geliebter Peter, ich weiß meinen Wert einzuschätzen, ohne Eitelkeit, Selbsterhebung, billiger Lebens-Bügel. Ich weiß aber vor allem, was Du alles noch brauchst, was ich zusätzlich durch Schicksal dankte Fügung nicht bester Eogen wir zum Liebesbrief, aber was anlangt und niemals endet? Es gibt so viele Enttäuschungen in der Welt, verteilt auf viele Wer wäre Du, wenn Du es nicht sähest, spürtest, daran littest. Du wärest Du ja gleich denen Guden, die aus Unvollkommenheit und innerer Reiztheit, nun Du weißt es ja! Und dennoch Dir, unter diesen Umständen, etwas Besonderes, Wichtiges, Wertvolles, ja Unentbehrliches zu sein, ist mir eine große Vergünstigung, ein Glück, eine Ehre! Ich verstehe infolgedessen diejenigen meiner Mit-Schweltern gar nicht, die stöhnend darüber sind, einem Manne Alles zu sein. Das kann man ja selbst gar nicht! Und wenn, so ist er doch nur ein beschränkter Mensch! Es gibt Frauen, die sich freuen, einen beschränkten Menschen gefunden zu haben, ich bin leider nicht so anspruchsvoll!“

Dieser Liebesbrief ist noch nie geschrieben worden, obwohl er von Allen an Alle irgendwemals geschrieben hätte werden müssen!

— — — — —

Von Peter Altenberg †.

Ich habe natürlich nichts dagegen, daß die armen Frauen, seien für alle ihre verschiedenartigen Enttäuschungen ihres geschicklichen Lebens und Strebens vom Manne die Erlösung, die Rettung, die Aufklärung erwarten! Aber dagegen habe ich, daß sie als Lohn und Vergütung nur das hergeben, was eines Lebens vom gnädigen Schicksale beschieden ist. Wir wollen nämlich gute erste würdige menschliche Geschäfte machen mit Euch, so jeder wir Euch im Grunde unserer — Seele brauchen! Deshalb müßt Ihr uns schon solches solches etwas mehr bieten, wenn wir

ist ein Offizier, der ein Freiwilligenkorps anwirbt, eine „Privatperson“? Und wenn derselbe Offizier oder seine Kameraden und Freunde in diesem Freiwilligenkorps Flugblätter vertreiben, sind sie dann „Privatpersonen“?

Die Flugblätter, über die wir berichten, sind verteilt, sind von Offizieren verteilt und sind, obwohl sie feige Weise anonym verfaßt und gedruckt sind, doch sehr leicht als die Machwerke von Offizieren und Offizierskreisen zu erkennen.

Daß die „zuständigen Dienststellen“ diese Flugblätter verfaßt hätten, haben wir nicht behauptet. Aber daß die „zuständigen Dienststellen“, die Kreise, die mit solchen Flugblättern „arbeiten“, bewaffnet und Berlin in ihre Hand gegeben haben — das machen wir den „Dienststellen“ zum Vorwurf.

Unschuldig verhaftet.

Von den durch die Regierung Ebert-Scheidemann sold gemachten Truppen sind in den letzten Tagen unzählige Verhaftungen vorgenommen worden. Die meisten Verhaftungen erfolgten ohne jeden Grund. Ein bloßer Verdacht, ein bloßes mißfälliges Wort genügt den jungen Leuten, anständige Männer und Frauen, die jahrelang für die Arbeiterbewegung gekämpft und Opfer für die Sache des Sozialismus gebracht haben, zu verhaften und in Lagern einzukerkern. Hierfür ein besonders beachtenswerter Beweis:

Ein Genosse, der den Bürgerkrieg vermeiden sehen wollte, begab sich am Mittwoch, den 8. Januar, zur Reichsfinanzlei, um dort eine Rücksprache mit den Volksbeauftragten herbeizuführen. Er traf im Hofe den „Oberkommandierenden“ Noske. Diesem trat er seine Wünsche vor, fand aber kein Gehör, da dieser mit Waffengewalt die Einigung des Proletariats zu erzielen gedachte.

Als der Genosse ihm sagte, daß die Männer der Regierung, die sich bei den revolutionären Arbeitern und Soldaten mißliebig gemacht hätten, verschwinden müßten, am anderen Platz zu machen, antwortete Noske: „Also wir sollen herunter und die anderen hinauf!“ Der Genosse antwortete ihm darauf, daß die Mehrheitssozialisten sich an die Regierung ja beteiligen wollten, bloß mit anderen Männern — nämlich dem Genossen Braun aus Nürnberg und dem Genossen Singheimer aus Frankfurt am Main. Noske gab darauf brüsk zur Antwort: „Ach was, wir werden auf die „Brüder“ verzichten!“

Der Genosse sah noch die erbrunnenen Kerkern an als verloren und wollte hierauf den Hof wieder verlassen, als von allen Seiten Rufe ertönten: „Dant ihn raus.“ Er wurde umringelt. Hände wurden gegen ihn geführungen, schließlich wurde er gewaltsam für verhaftet erklärt. Man sperrete ihn mit noch anderen Gefangenen in einen Keller ein. Sein Wunsch, ihm Keilchenheit zu geben, sich zu rechtfertigen und die Widerrechtlichkeit seiner Verhaftung darzulegen, wurde mißachtet. Der Genosse war in die Hände der Suppe-Warde geraten und deren Führer verweigerte jede protokollläre Vernehmung.

Nach einigen Tagen wurde der Genosse mit noch anderen unschuldigen Gefangenen nach Weichsel gebracht: dort wurden sie wie gemeine Verbrecher behandelt. Die Gefangenen mußten stamm stehen, die Hände an die Holenmaße legen und hatten den Aufseheren Gehorsam zu erweisen. Da alle Proteste des verhafteten Genossen nichts nützten, verweigerte er die Nahrungsaufnahme. Nach viertägigem Hungerstreik wurde er schließlich dem Arzt vorgeführt, den er hat, seine Entlassung beantragen zu wollen. Aber erst am 18. Januar gelang es dem Genossen freizukommen.

Er befand sich also 10 Tage an „Auldig in Untersuchungshaft. Der Genosse beschloß, gegen den Führer der Suppe-Warde, der ihn verhaften und ohne jede Verlegenheit transportieren ließ, Klage wegen willkürlicher Freiheitsberaubung anzuregen. Alle Genossen, Arbeiter und Kameraden, denen das gleiche widerfahren ist, werden ersucht, Senso zu verfahren.

Neue Schandfakten.

Aus Reindendorf wird uns berichtet: Am Sonnabend, den 18. Januar, gegen 2 Uhr nachmittags, erschien in Reindendorf eine starke Truppenabteilung (etwa 100 Mann) und quartierte sich in der Gemeindegemeinde, Lindenstraße, ein. Die Mitglieder des Arbeiterrates hatten gerade mit den zuständigen Herren des Gemeindevorstandes die nötigen Anordnungen

Euch ernstlich lieb haben sollen und betreuen als Das, was — — — Ihr wißt schon! Dankbarkeit, Güte, Mitleid, Verschwiegenheit, Anspruchlosigkeit sind nicht zu unterschätzende Eigenschaften! — — —

Peter Altenberg.

Peter Altenberg starb am 8. Januar in Wien. Unter den lebenden deutschen Dichtern Oesterreichs der einzige Große. Ein schmächtlicher Holland der Tiere, ein herabgeworfener Prophet des Menschlichen. Er sah das Ende der Kleinen, Hofflosen — der Stubenmädchen, Pierde, Kinder, Pflanzen. Er war ein Heroß der guten Frau, weiterend neben die Simbalt schillernde Dämonie des Geldes. Er sah, fleischgewordene Knechte, im Gold — aber seine Höhe fanden auf der Erde, seine Augen sahen nur die Natur und wollten ihr helfen. Seine Ideen hielten sich im Raum; heute aufrichtend getreue Blumen, gestern ein eisenschwerer Kommunismus der Liebe.

Er war von Anfang an Revolutionär und blieb es sogar dann, wenn den Kriegsvertriebenen die Vorlesung des Vaterlands anfiel. Dielem Verhulsen gehörte ganz Wien, Reichsraum, der Zennerring, die Adria, das weiße Alpengebirge. Er hat seine Welt geliebt; er war ein Weltverbesserer und ging, als die Welt besser wurde. Ein Dan Quixote der Dicht, der Hygiene, die ihm doch nicht helfen konnte.

Er war mehr als ein Dichter, er war ein Genie des Lebens; sein Wort wider stärker, wenn er es sprach. Seine Schriften sind nur langer Abgang innerlichen Reichtums, weißer Güte, die mit jeder Torheit aus ihm hervorbrach.

Nun ist er erlosch im letztjährigen Jahr. Geschwunden des Alters ward er nicht ausgeleht; er war immer viel jünger als der jüngste Literat. Die Formel seiner Bücher — Blume und Explosion. Ihn segnete das Leben, so konnte er es sehen, künstlich, heucheln der Annalen des Wortes. Die Namen seiner großen Bücher heißen: Wie ich es sehe; Was mit der Top gutgeht; Abenteuer des Lebens; Fügung und Abweisung. Sie alle sind Wägen des Lebens; vita ipsa, statt wie der Wald, ganz wie ein Schmetterling, dunkel wie die Gewässer. Er ließ ab, als die Welt

Albert Ehrenstein.

gen getroffen, um mit den am Orte befindlichen Sicherheitsmannschaften und Polizisten die Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern.

Das Mitglied des Arbeiterrates, Genosse Rau, gab den eingetroffenen Offizieren die Versicherung ab, daß das Truppenausgehört am Orte keine Arbeit finden werde. Gleich darauf kam eine starke Truppenabteilung unter Führung des Mittelmeiers Meber zum Marktplatz, stellte ein Maschinengewehr auf und drang in die Büroräume des Arbeiterrates ein. Die dort lagernden Waffen wurden beschlagnahmt und die Arbeiter Räte Rau, Sukow und Langos festgenommen. Es wurden gesagt, ob sie die Regierung Noske anerkennen. Die Frage wurde natürlich verneint, weil es eine derartige Regierung gar nicht gibt.

Die Verhafteten wurden daraufhin von 10 Soldaten mit entschärften Gewehren in die Gemeindegemeinde, dann in das Polizeigefängnis und schließlich wieder in die Schule gebracht. Während des Transportes wurden sie wiederholt mit Erstickchen bedroht. Sie mußten die Nacht zum Sonntag ohne jede Schlafgelegenheit in der Schule zubringen. Am nächsten Morgen wurden sie auf ihr Verlangen hin unter scharfer Bewachung zur Wahl geführt. Eine herrliche Illustration zu dem vielverhättnen freien Wahlrecht der Ebert-Scheidemann-Regierung. Nach der Wahl wurden die Verhafteten auf einem Lastwagen wie Schwerverbrecher nach dem Eden-Hotel am Aufschwandenbrunn gebracht. Hier wurden sie nach längerem Verhör wieder freigelassen.

Bei dem Genossen Sukow hatte inzwischen innerhalb 24 Stunden die dritte Hausdurchsuchung stattgefunden. Dabei war einer der jungen Herren der Dienstrevolver losgegangen. Der Schuh gehörte einem Tafelauß im Werte von 85 M., einen Spiegel und ein Bild. Als die in Reindendorf unterbrochenen jungen Offiziere zu Wien bekamen, daß die von ihnen verhafteten Genossen wieder freigelassen seien, bedrückten sie ihre Laute Enttäuschung darüber aus.

Die drei Genossen haben sofort bei der Reichsregierung Beschwerde gegen ihre unerbürdliche Festnahme erhoben.

Die Streikbewegung im Reiche.

Halle, 21. Januar. Seit gestern streiken auf dem hiesigen Rangierbahnhof die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn. Es verkehren keine Güterzüge über den Bahnhof Halle. Auch Güter werden nicht befördert. Wie es heißt, betreffen die Forderungen vor allem die sofortige Entferrnung eines mißliebigen Rechnungsrates, ferner die Ausschließung der Streikbrecher vom Dienst auf 14 Tage ohne Entschädigung. Auch Forderungen, die den Lohn und die Dienstzeit betreffen, sollen gestellt sein. Man zählt die Zahl der Streikenden auf 5000 Mann, da sich auch die Eisenbahnwerftarbeiter angeschlossen haben. Heute mittag bewegte sich ein großer Demonstrationzug nach dem Gebäude der Eisenbahndirektion, wo die Verhandlungen geführt werden.

Halle a. S., 22. Januar. Die „Halleische Zeitung“ meldet: Nachdem die ausständigen Bahnarbeiter gestern beschlossen hatten, auch den Personenverkehr auf Bahnhof Halle zum Stillstand zu bringen, haben die Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Eisenbahner inzwischen zur Einigung geführt. Die Direktion hat in die Entlassung einiger mißliebiger Vorgesetzten eingewilligt.

Brandenburg, 21. Januar. Der gestern nachmittag ausgebrochene Proteststreik gegen den Tod Liebkechts und der Frau Luxemburg, sowie die jüngsten Vorgänge in Berlin, dauert heute an. Die Kaffees und Restaurants mußten um 7 Uhr schließen. Auch das Landestheater hatte die Vorstellung abgelehnt. Abends wurde der Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr eingestellt, jedoch heute früh wieder aufgenommen. Der Straßenbahnverkehr ruht auch heute. Heute vormittag fand ein großer Unzug durch die Straßen statt. — Aus Anlaß des Generalstreiks sind die meisten Geschäfte heute geschlossen. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Leipzig, 21. Januar. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke, die gestern streikten, haben die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Seid ihr zufrieden?

Nun, da ein neues Jahr begonnen, fragt euch, ob ihr zufrieden seid.

Es begann unter einem Umständen und Verhältnissen als das vorige oder irgend ein zuvor — aber wolltet ihr nicht, unabhängig von Jahr und Tag, eine ganz neue eit beginnen? Und ist von dieser neuen Zeit schon etwas wirklich?

Ihr wolltet eine neue Welt errichten — ist aber auch nur die Grundlage eines neuen Staates gebaut?

Ihr wolltet die Verwirklichung einer längst vollkommenen Theorie; und was hat die Erörterung abgelöst? Nicht die Tat, sondern Geiz!

Ihr wolltet Frieden, und daß das Blutvergießen auf Erden aufhöre. Ihr konntet den unerschlichen Wert jedes auch des Kleinsten und unbedeutendsten Menschenlebens — und was habt ihr erreicht? Straßenkämpfe, und daß das Blut unbeschädigt fließt, und daß ihr aufeinander schreit, Soldaten gegen Matrosen, Militär gegen Arbeiter!

Ihr wolltet Freiheit erringen — in der Tat, ihr seid einigen Monarchen entlaufen; aber seid ihr frei?

Ihr wolltet Gerechtigkeit; aber die Schuldigen laßt ihr entfliehen, und rechnet euch untereinander die kleinsten Fehler vor. Ihr seht die Splitter im Auge der Nächsten, aber die Balken im Auge der Ferneren seht ihr nicht!

Ihr wolltet Wahrheit; aber ist, außer einem einzigen fast vergessenen Anlaufe, etwas getan worden, die Wahrheit zu organisieren? Die Wahrheit, das härteste Zeichen eines neuen Welt — nach einem Zeitalter der Lüge?

Ihr wolltet Brüderlichkeit; seht ihr etwas von Brüderlichkeit in euren Reden oder irgendwo in der Welt? Seht nicht sogar eure „Brüderlichkeit“ mehr nach mißlicherer Disziplin aus als nach menschlicher Kameradschaft? Frage jeder sich selbst: ob er wirklich den andern als seinen Bruder sieht!

Nach wie hat es bis zur deutschen Novemberrevolution eine Revolution gegeben, die ganz freudlos war; eine Revolution ganz ohne Gefahr und Jubel, ganz ohne Verbrüderung. Gemisch, niemals ist in so schwerer Lage eine Revolution begonnen und durchgeführt worden; aber diese Revolution war, über diese Schwierigkeit hinaus, unrevolutionäre in der Gestaltung, bürokratisch sogar im Kampf, bedeutend selbst auf der Straße.

Ihr mühtet für die Revolution in der ganzen Welt zu werden — aber seid ihr denn, wie ihr es sein mühtet, Revolutionäre?

Ein Charakterbild Karl Liebknechts.

In den Augen des bürgerlichen Spießbürgers galt der auf so hinterlistige Art um sein Leben gekommene Genosse Karl Liebknecht als blutdürstiger Tyrann, dem nur Recht geschähe, wenn man ihm mit gleichen Mitteln gedient habe. Alle die, die ihn kannten, wissen, daß das gerade Gegenteil der Fall war, daß Karl Liebknecht nicht mehr zuweilen nur als Blutvergiesen. Von einem Augenzeugen wird uns ein neuer Charakterzug Karl Liebknechts mitgeteilt, der dieses Bild von ihm bestätigt. Es heißt dort:

„Es war am 9. November, die alten Gewalten waren zusammengeschürt, Wilhelm II. gestürzt. In später Nachmittagsstunde zog eine erregte Menschenmenge, teilweise bewaffnet, vor das Schloß. Unter der Menge befand sich auch Genosse Liebknecht. Drohend begehrte die Menge Einlass in das Schloß. Als sich das Öffnen der Tore verzögerte, drohte man, sie zu sprengen. Da trat Liebknecht vor und ermahnte, Gewaltakte und Herabwürdigungen unter allen Umständen zu vermeiden. Eine Anzahl Bewaffneter drang dann in das Schloß ein, die Schloßwache zog ab, die Waffen zurücklassend. Zuletzt erschienen noch zwei höhere Offiziere, darunter ein Generaloberst. Die erregte Menge drängte sich dicht um die beiden Offiziere zusammen. „Schlagt sie tot, die Bluthunde“, schrien einige. Man sah in den Reihen nur die Angehörigen einer Rasse, die mißgünstig an dem jahrelangen Glanz des Volkes und an dem blutigen Überlauf seiner Ehre war. Der General wurde aufgefördert, seine Rangabzeichen zu entfernen, und als er damit zögerte, rief ihm ein Arbeiter ein Messerfall herunter. Es hätte nicht viel gefehlt und der General wäre der Wut der Menge zum Opfer gefallen, wenn nicht Karl Liebknecht durch seine Veredelmacht die Menge beschworen hätte, kein Blut zu vergießen.“

So war Karl Liebknecht, nicht ein Hebet, dem Blutvergießen eine Freude war, sondern nur ein mutiger Streiter für seine Ideen. Nun ist er gefallen durch seine Mörder, die wohl aufgeheult waren von Angehörigen derselben Rasse, der auch jener General angehörte, dem Karl Liebknecht das Leben rettete.

Proteste gegen den Mordmord.

(Wir bringen hier noch einige und zugegangene Proteste, die wir aus Raumangel bisher zurückstellen mußten.)

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Verlin, schloß sich in ihrer Sitzung am Freitag, den 17. Januar, nach längerer Aussprache dem Protest der Arbeiterräte Groß-Berlins durch die Annahme einer entsprechenden Resolution an.

Die Arbeiterchaft der Maschinenfabrik Kaulsdamm, m. B. O., protestiert gegen die Willkürhaft der Militärbehörden bei der Verhaftung Liebknechts und Luxemburgs, sowie gegen die weiteren Erschießungen und die Uebergriffe der Soldaten. Die Regierung wird aufgefordert, die Schuldigen durch persönliche Zusammenkünfte Gerichte zur Rechenschaft ziehen zu lassen. Die Arbeiterchaft beider Richtungen ist sich einig, Front zu machen gegen die von reaktionärer Seite eventuell gedachte Aufhebung des Militärs zur Gegenrevolution.

Die Arbeiterchaft und die Angehörigen der Geschäftsfabrik Spandau verurteilen aufs allerheftigste die Umstände, welche zu dem gewaltsamen Tode Liebknechts und Rosa Luxemburgs geführt haben. Sie verabschieden es, daß der Mord zum politischen Kampfmittel in Deutschland wird, und verlangen von der Regierung allerhöchste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen.

Eine im selben Sinne abgefaßte Resolution wurde von 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Ludwig Juda-Fabrik u. Co. angenommen.

Die bei der Firma Liebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem entsetzlichen Mordmord. ... Indem wir zu euren Ehren die Arbeit lieben, zeigen wir der gesamten Mitwelt, wie sehr wir den Tod dieser uns so teueren Arbeiterinnen betrauern. In der Geschichte nehmen sie beide einen Ehrenplatz ein, den den Tod dieser uns so teueren Arbeiterinnen betrauern. In dieser schweren Stunde geloben sich alle Proletarier, den Verbänden der roten Kämpfer in die Tat anzugesehen. Und keine Macht der Welt kann den reitenden Gehanten des Sozialismus, weder mit Koronen noch mit Ketten, aus unserm Herzen bannen. ... Und so fortan wir: Fort mit dem weißen Schanden, hinweg mit den Säulen der Gegenrevolution. Ein freies sozialistisches Deutschland, gesichert durch unsere Kraft.

Die heute versammelte Arbeiterchaft der Ludw. Boehm u. Co. K. O. billigt die von der Regierung getroffenen Maß-

nahmen, die zur Wiederherstellung der Ordnung notwendig waren, protestiert aber ganz entschieden gegen die in den letzten Tagen verübten Willkürakte der Truppen, die unter dem Oberbefehl des Volksoberbefehlshabers stehen. Die Versammelten erwarten vom Zentralrat energische Schritte, um solche Uebergriffe in Zukunft unmöglich zu machen und fordern strengste Bestrafung der Schuldigen. Sie erwarten weiter, daß die Volksoberbefehlshaber in jeder Stunde dafür sorgen, daß die absolute Unterordnung der Militärorgane unter die Zivilgewalt gewahrt bleibt. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die unvollkommenen Sicherheitsmaßnahmen bei der Verhaftung der Genossen Rosa Luxemburg und des Genossen Karl Liebknecht. Die Versammlung verlangt von der Regierung, daß sämtliche mit der Verhaftung und Bewachung betroffenen Personen sofort ihres Amtes entbunden und dem Richter zugewiesen werden. Die Versammelten protestieren entschieden gegen die Verhaftung der Arbeiterchaftsmitglieder Rieße und Reibhals und verlangen Einstellung der Verhaftungen, um die Schuldigen an der Verhaftung dieser beiden festzustellen.

Die gesamte Arbeiterchaft der Armer-Konzerne, K. A. B. K. (1000 Personen) leut scharfen Protest gegen den feigen Mordmord des Gen. Liebknecht und des Gen. M. Luxemburg ein. Die Arbeiterchaft hebt darin den Vorwurf, daß die derzeitige Regierung unfähig ist, mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen die Ruhe und Ordnung zu schaffen, die zum Wohle des gesamten Volkes notwendig ist. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen bilden vielmehr eine Gefahr für die Revolution durch das Heranziehen gegenrevolutionärer reaktionärer Offiziere und Truppen. Es muß daher der sofortige Rücktritt der Regierung Oberst-Schubertmann und die Entlassung dieser Offiziere und Truppen verlangt werden.

Die Arbeiterchaft der Firma Gebr. Israel, früher Etzcho 27/30, erhebt scharfen Protest gegen den Mordmord an unseren Freiheitskämpfern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und fordert von der Regierung sofortige Untersuchung und Bestrafung der Mörder.

Proteste aus dem Reich.

Münchberg, 18. Januar. (Fig. Drahtber. d. „Freiheit“.) Die Münchberger Arbeiterchaft erhebt in zehn Massenversammlungen am 17. d. Mts. heftigen Protest gegen die Militärdisziplin in Berlin und den Mordmord gegen die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Einflüssig wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammelten geloben, mit allen Mitteln die Revolution zu retten, und in der der Rücktritt der gegenrevolutionären Regierung verlangt wird.

In Mannheim fand am 17. Januar eine von der U. S. P. veranstaltete große Demonstration statt, nachdem die meisten Vereine schon vormittags stillgelegt wurden. Der Zug, in dem zahlreiche rote Fahnen mit Trauerfahnen mitgeführt wurden, bewegte sich durch die Hauptstraßen der Stadt und endete in einer großen Versammlung im Schloßhof. Die rote Fahne auf der Spitze des Schloßes war auf Halbmast gehißt. Der Straßenbahnverkehr mußte auf mehrere Stunden eingestellt werden. Nach Ansprachen mehrerer Genossen wurde eine Resolution angenommen, in der es zum Schluß heißt: Die Versammelten stellen sich dabei einmütig hinter die Forderungen der organisierten Arbeiter in Berlin. Insbesondere fordern die Versammelten: 1. Rücktritt der gegenwärtigen Regierung und Beilegung der parlamentarischen Führer in der Arbeiterbewegung, sowie von allen Kesseln in Staat und Gemeinde, um die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu ermöglichen. 2. Sofortige Demobilisation aller Truppen ohne Ausnahme, Bildung eines Volksheeres aus den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Gewährung sämtlicher Verbandsrechte der freien Gewerkschaften. 3. Sofortige Entlassung und Entlohnung aller Offiziere und Wahl der Führer des Volksheeres aus den Reihen der Arbeiterchaft.

Vollstichtige Nachrichten.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik stützt alle Parteiarbeiter, Parteifunktionäre und die Soldatenräte der Arbeiterarmee und sonstiger größerer Verbände um umgehende Mitteilung ihrer Adressen.

Schleier Arbeitsminister in Württemberg. Herr Schläder, der bisher dem Zentralrat der Arbeitergemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeiter und Arbeitnehmer Deutschlands als Vertreter der Arbeitnehmergruppe angehörte, ist zum Arbeitsminister für Württemberg ernannt worden.

Notwendigkeit werden sich die Formen der künstlerischen Produktion der neuen Gesellschaftsordnung anpassen müssen. Die revolutionäre Bewegung des Geistes ist nicht neu, und man darf sie nicht nur als Folgergebnis der politisch-wirtschaftlichen Umwälzung werten. Auf dem Gebiete der Kunst entstand sie als Reaktion auf den akademisch-bureaucratischen Kunstbetrieb, der vielfach kunstfremden, dynastischen Zwecken dienete und seinen niederhaltenden Druck jeder freien Ausübung gegenüber ausübte. Andererseits sorgte ein kapitalistischer Kunsthandel nur für die Bedürfnisse der begüterten Kreise, während die Massen, die Träger jeder großen Kunstbewegung, unberührt abseits standen. Diese Massen mit ihrem unentwickelten und naiven Anschauungsvermögen zu erheben, ist der kommenden Künstlergeneration vorbehalten. Die Kunst der neuen Zeit wird sich nicht mehr an ein Publikum wenden, sondern an die ganze Menschheit. Der Sozialismus ist berufen, der Kunst, die bisher isoliert und elen, aber leeren Gefühlen gleich, wieder einen Inhalt zu geben, und er vermag eine ähnliche Bedeutung zu erreichen wie der Sozialismus in der Renaissancezeit. Er wird zunächst die unumgängliche Kleinherlichkeit des abgewiesenen bürgerlichen Realismus, der über die Beurteilung der Oberfläche nicht hinausdrang, beseitigen. Die Verherrlichung von Kunst und Künstlern und die systematische Achtung jeder lebensschaffenden und starken Ausübung haben ein Ende. Menschliche Schöpfung zwischen Disziplinismus und der Ausbildung der Kunst durch Vereinfachung zu fordern. Man wird nicht mehr Künstler werden können, wie man die Konjektur erlernt oder Memorandum werden konnte. An Stelle der armseligen, ausgewogenen, temperierten Empfindungen treten wieder als Leitmotiv die schon menschlichen Leidenschaften, das unbändige Pathos, der Ueberdram, Energie und Phantasie in ihre alten unverwundlichen Rechte. Der Künstler braucht keine Werke nicht mehr ästhetisch sauber und gefällig zu machen, sondern einem höheren Zweck zuliebe einfach und groß. Auf diese Weise bahnt er sich unter Verzicht auf jede Kritik den Weg ins Monumentale zu einer wahren Volks- und Menschheitskunst. Praktische Aufgaben wird es in Höhe und Fülle geben, vorsehlich durch den Staat, der als Auftragneher stärker hervortritt. Man denke nur daran, daß die Vergeistlichung des wirtschaftlichen Wertes die Zahl der Volkshäuser und öffentlichen Gebäude, deren künstlerische Ausgestaltung die Regierung sich annehmen lassen wird, ungemein vermehren wird. Die Kunst wird an Stabilität und Geschlossenheit gewinnen und nicht mehr ärmlich sein. Architektur, Plastik und Malerei werden sich ge-

Gewerkschaftliches.

Symbalistische Malerbewegung.

Angesichts der mit ihrer Gewerkschaft, dem Verband der Maler, hatte eine Anzahl arbeitsloser Berliner Maler, Anstreicher und Lackierer zur Gründung einer Symbalistischen Bewegung, des Vereins „Freiheit“, veranlaßt. Zu Diensten abend hatte dieser Verein nach Köpenick Brauerei eine öffentliche Malerversammlung abgehalten, wo über gewerkschaftliche und politische Fragen des bürgerlichen und besonders stark mit der Verbandsleitung in Verbindung stand. Ein Vertreter des Verbandes, der die vorliegenden Forderungen der Gehilfen wohl für berechtigt, zur Zeit aber nicht für durchführbar erklärte, mußte infolge großer Unruhe seine Rede abbrechen. Wir sind der Meinung, daß durch die Abspaltung der zahllosen Elemente die alten Gewerkschaften schließlich auf eine wirklich revolutionäre Bahn gedrängt werden. Nur wenn die vorkämpfenden Kräfte innerhalb der Organisation wirksam sind, kann die gesamte gewerkschaftliche Arbeiterbewegung aus ihrem lethargischen Zustande erweckt werden.

Chemigraphen.

Am 2. Januar 1919 fand eine Versammlung der Chemigraphen beschloß einstimmig, ihre überaus traurigen Lohnverhältnisse in ihrem Ansehen durch die Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Chemigraph stellt Druckstoffe (Stichholz) für Zeitungen, Bücher, Kataloge usw. her. Der Beruf erfordert eine große Vorbildung, ist für die Augen äußerst anstrengend und gesundheitsschädlich. Er ist teilweise an Buchdruckereien angelehnt. Seit 16 Jahren besteht eine Tarifgemeinschaft, die im Frieden auskömmliche Lebensverhältnisse bot, in und nach dem Kriege aber verfiel. Es gelang den Druckern, am 17. Dezember 1918 neuverordnete Erhöhungen ihres Einkommens zu erreichen, die aber auch zu einer Erhöhung der Druckpreise führten. Unsere Löhne bewegten sich in der Friedenszeit zwischen 35 bis 50 Mark pro Woche, in der Kriegszeit zwischen 40 bis 60 Mark pro Woche, die in wenigen Ausnahmen überstiegen wurden.

Wir Chemigraphen haben bei Berechnung sämtlicher Teuerungszulagen auf einem Stundenlohn von 1,50 bis 1,60 Mark, mit wenigen Ausnahmen, bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche. Zum Vergleich für unsere sehr magrigen Jubiläumsgelder führen wir die 75% Erhöhung sämtlicher Preise für Druckstoffe an.

Nach Würdigung aller tariflichen Vereinbarungen gehen unsere Lohnforderungen auf 100 Mark pro Woche exklusive neueren Zulagen, die nur einen begrenzten Ausgleich für die Lücke der Zeit bilden. Auf Grund der tariflichen Verhandlungen am 27. Dezember 1918 wurde und nun nach langem Kampf eine weitere Teuerungszulage genehmigt von 6 Mark pro Woche für Löhne über 60 Mark, 7 Mark pro Woche für Löhne bis 60 Mark ab 8. Januar 1919 bis 31. März 1919. Wir fragen somit die Öffentlichkeit, ob unsere Forderungen in Anbetracht der hochqualifizierten Leistungen unseres Berufs — denke an die Stereotypographie, die Darstellung industrieller, wissenschaftlicher und künstlerischer Werke — nicht berechtigt sind?

Die achtstündige Arbeitszeit im Feinvergnügen gilt, wie uns von der Gehilfenorganisation mitgeteilt wird, für die Arbeiter des Gewerbes nach wie vor. Dies muß besonders betont werden im Hinblick auf die irreführende Forderung, die die „U. S. P.“ am Dienstag brachte, unter Verweisung auf Mitteilungen des Obersten Meisters einer der drei Berliner Feinvergnügen. Die verheißene Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter den Gehilfen würde noch weit größer werden, wenn diese sich gegen die Fortsetzung der achtstündigen Arbeitszeit von 12 und 13 Stunden wehren. In der Tat, im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit würde wesentlich verringert werden, wenn die größeren Geschäftsbetriebe den einzelnen Arbeiter nicht länger als acht Stunden beschäftigten und zur Durchführung dieser Arbeitszeit einen oder mehrere Gehilfen einstellen müßten. Die Arbeitslosigkeit bestand bereits seit Wochen, ehe die Verordnung des Demobilisationsamts wirksam wurde. Der selbständige Betrieb des Gewerbes ist allerdings an Wertigkeiten seiner Einschränkung unterworfen. Selbst wo die Geschäftsinhaber einen ökonomisch-rationalen Lebensstil herbeiführen wollen, hindert sie der Mangel der Gewerkschaft an einer gesetzlichen Unterstützung. Umso schwieriger ist eine systematische Kontrolle über die Durchführung des achtstündigen Tages. Das wird jedoch die Gehilfenorganisation nicht hindern, gegen alle diejenigen Geschäftsinhaber vorzugehen, die sich allzu ungeniert über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen, weil sie ihnen nicht in dem Maaße passen.

Es ist nicht genug, daß sie die Hohenkollern ersucht und die Ministerien neu befehligt hat; hat sie auch in euch selbst das alte ausgekostet, die Unterwürigkeit gestürzt, das neue Menschengefühl zum Staube aufgerufen?

Seid ihr schon neuen Geistes, ihr deutschen Revolutionäre? Dann seid zufrieden — eher nicht!

Ihr aber waret Revolutionäre, ehe ihr revolutioniert waret, ihr Kämpfer mit allen Mitteln, Beweiser mit abgekapperten Argumenten, nun revolutioniert euch, erneuert euch — daß die Deutsche Revolution sein werde, Bestand gewisse, und werbe!

Alles war von euch zu erschaffen — denn ihr lüget. Noch besteht alle Hoffnung, denn euer Leiden ist noch nicht zu Ende. Macht mit euren Reiben erst!

Ihr waret reif, an die Stelle einer morschen Rasse zu treten, denn — es ging nicht mehr weiter. Eure Legitimation zum Herrschen war, daß ihr in namenloser Bedrückung lebet. Eure Legitimation zur Führung muß sein, daß ihr besser als die Früheren seid. Seid ihr schon besser? Sonst werdet es!

Die Revolution von 1918 war nur eine Ueberwindung, eine Quittung, ein Strich unter eine volle Rechnung, rasch und faß gleichgültig. Das ist geschehen; nun muß das neue kommen. Nun kommt das Positive der Revolution. Nicht weil ein neues Jahr beginnt — aber weil wir noch immer zwischen den Zeiten stehen: Entschidet euch! Revolutioniert, nach Deutschland, endlich euch selbst! Erneuert euch und euren Geist!

Mit dieser Lösung für das Jahr 1919: Auf — und vorwärts! Rudolf Looshar.

Die Kunst der neuen Zeit.

Von Artur Degner.

Ich gehöre nicht zu den bürgerlichen Wesenheiten, die meinen, daß ein sozialistisches Staatswesen die künstlerische Produktion hemmend im Wege stehen könnte. Die Förderung aller echten und unabhängigen Kunstschöpfungen liegt vielmehr im Wesen des Sozialismus fest begründet, und gerade dem Sozialismus ist gegenüber dem völlig indifferenten Verhalten der bürgerlichen Schichten zu allen lebendigen Kunstfragen ein lebhaftes Interesse und eine oft bezeugte Hochachtung für Kunst eigen. Freilich wird die Produktion der Kunst in der bisherigen Weise nicht weitergeführt werden können. Die Kunst ist ein Produkt ihrer epochen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse, deren Struktur sich sehr von Grund auf ändert. Mit zwingender

genossenschaftlich unterhalten und zusammenwirken wie in den blühendsten Zeiten der Kunst. Die Produktion des Stoffeisenbildes, der Typus der bürgerlich-kapitalistischen Kunstperiode, wird stark in den Hintergrund gedrängt werden, die Kleinkunst und die graphischen Künste werden ein weiteres starkes Aufblühen erleben.

Als Voraussetzung für eine solche erfolgreiche Fortführung der Produktion von Kunst ist dem Staat die materielle Sicherstellung aller produktiven Kräfte zu fordern, die in der angegebenen Richtung zu arbeiten berufen sind. Es ist zu fordern eine unvergängliche und durchgreifende Reformation des staatlichen Kunstbetriebes. Dazu gehört:

1. Reorganisation und weitestgehende Verjüngung der akademischen Körperchaften, so daß die künstlerischen Elemente in ihnen das Übergewicht erhalten.

2. Umwandlung der Akademien in Volkshochschulen für Kunst und künstlerische Bildung. Die Lehrmethode muß von jeder bürocratischen Ueberwachung und staatlichen Einmischung ferngehalten werden. Verweisung von Künstlern und Dozenten, deren Persönlichkeit eine Gewähr ist für die radikale Durchführung aller geplanten Reformen.

3. Abschaffung des Titelsystems und der Medaljenverteilung an Künstler.

4. Einsetzung von Deputationen, bestehend aus modernen geachteten Künstlern, Kunstschrittleitern und Museumsleitern, die über die Ausgabe von Staatsgeldern für Kunstwerke, über staatliche Aufträge und Ankäufe mitentscheiden sollen.

5. Vereinfachung von materiellen Mitteln, die die Notlage der Künstlerchaft in der Zeit der Uebergangswirtschaft mildert und sie vor Verelendung bewahrt.

Nur auf Grund der Basis eines großzügigen Programms kann es gelingen, Kunst und Künstler von den Fesseln der Zeit zu befreien und ihnen die Möglichkeiten zur Erfüllung ihrer Mission zu schaffen, so daß sie zum Heile der Menschheit ihr inneres Wesen, ihres vollen Menschlichkeit ausströmen lassen können.

Kunstkalender.

Im XII. Kongress des Verbandes der freien Kunstschaffenden, am Sonntag, den 20. Januar, mittags 12 Uhr, im Theater am Dönhofsplatz in Berlin, wird die Kommerzialvereinbarung des Oberhauses des Reichs-Botellensquintett zur Ausführung bringen. Der Vorsitzende des Akademischen Instituts für Archäologie bringt Ehre von Gold, Silber, Bronze, Eisen, Schumann, Wegmann unter Leitung von Professor Karl Thiel zu Gebote.

Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Sonnabend abend
5 Uhr von den
bekanntesten Stellen aus.

Genossinnen und Genossen! Leistet wirksame Wahlhilfe!

Groß-Berlin.

Winkt für die Wahl unserer Liste!

Am Sonntag werden sieben Listen angeboten. Unsere Genossen und Genossinnen werden eruchtet, in allen Bekanntenkreisen für die Wahl der Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu werben.

Unsere Liste für Berlin beginnt mit dem Namen **Adolf Hoffmann;**

für Nieder- und Oberbarnim mit dem Namen **Oskar Wiese;**

für Teltow-Beeskow mit dem Namen **Mausner.**

Nur unsere Liste gibt die Gewähr für eine entschiedene Politik im Sinne des Sozialismus.

Zur Wahl am Sonntag.

Am kommenden Sonntag können alle diejenigen wählen, die im Wahlalter stehen. Während früher zum Preußenlandtag nur Preußen wählen durften, hat jetzt jede und jeder Deutsche das Wahlrecht. Nur die Oesterreicher, die am Sonntag wählen konnten, sind diesmal ausgeschlossen.

Die Reaktion in den Gemeinden.

Es wird die allerhöchste Zeit, daß mit der reaktionären Wirtschaft in den Gemeinden ein Ende gemacht wird. Ein längerer Zustand bedeutet geradezu ein Vordringen auf die Revolution. In den Gemeinden herrscht nach wie vor der Haus- und Grundbesitz. Auf Grund des großen Portemonnaies ist die leibende Klasse dahin gekommen. Das Junkerparlament hat man noch Hause geschickt, in der Gemeinde dagegen herrschen die Reaktionäre aller Schattierungen ruhig und gemächlich weiter als sei gar nichts gewesen. Wohl wird von unseren Genossen versucht, in dieser Uebergangszeit wesentliche Beschlüsse hintanzubehalten, aber diese Uebergangszeit dauert zu lange. Es wird auf Grund der alten Vorrechte und auf Grund von veralteten Verwaltungsmaximen weiter regiert, das es nur so eine Art hat. In den Magistraten sitzen diese Mitglieder, die durchaus sich in die neue Zeit hineinfinden können. Man brauche nur die Zusammensetzung des Berliner Magistrats näher anzusehen. Neben an sich tüchtigen Verwaltungsbeamten, die durchaus mit der Zeit mitgehen, sitzen andere am alten Topf hängende Stodträte, die erhoben über den neuen Geist stehen und alles tun, um sich und in den Weg zu stellen. Sie sind schon immer die Bremsscheibe gewesen, die einem tüchtigen, mutigen Vorwärtsgang entgegenstanden haben. In diesem Bestreben hatten sie früher die Mehrheit der Stadträte, ordneten auf ihrer Seite. Die hohen Stadträte im Berliner Magistrat, die reaktionär bis auf die Knochen sind. Ihnen ist es zu danken, daß wir bis heute zu keine gesunden Wohnungsreformen gekommen sind, wir haben andere, die durch den Krieg den Kollateralschaden bekommen haben und nur an ihre Kriegzeit denken, wir haben wieder andere, die ausschließlich dem Privatkapital nach jeder Richtung hin zu willen sind.

Das ist ein Zustand, der, je länger je mehr unerträglich ist und denjenigen, die schon immer die Interessen der Allgemeinheit gegen das Interesse Privater in den Vordergrund stellten, hindernd im Wege stehen.

So geht das nicht weiter. Es muß mit den revolutionären Herrn Stadträten schlingelt aufgehört werden. Kommt nicht schleunigst eine gründliche Reform der Gemeindeverwaltung zustande, so muß diesen Herrschaften gesagt werden, daß sie die Tür von draußen zumachen müssen. Die heutige Gemeindeverwaltung hat das System der unbefohlenen Stadträte geschaffen, ein System, das zu einem Monopol des Besitzes geführt hat. Denn wer ist denn in der Lage, seine volle Kraft in den Dienst der Gemeinde unentgeltlich zu stellen? Diese bürgerliche Vorreife alte Verfassung ist überlebt und es ist selbstverständlich, daß auch sie mit andern zu verschwinden hat, aber schnell und gründlich.

Massenklagen wegen Lohnzahlungen für die Revolutionstage.

Als nach Ausbruch der Revolution eine Verfügung bekannt wurde, nach der für die ersten beiden Streiktage nach Ausbruch der Revolution der Lohn bezahlt werden müsse, haben viele Arbeitgeber sich ohne weiteres in die Lohnzahlung gefügt. Andere Unternehmer lehnten sich jedoch nicht an die Verfügung und weigerten sich zur Zahlung der Löhne für die Streiktage, indem sie die Verfügung nicht als rechtmäßig ansehen. Die Folge davon ist jetzt ein Massenstrom von Massenprozessen. Die Arbeiter mancher Betriebe haben gleich gemeinsam die Klage auf Zahlung beim Berliner Gewerbegericht eingereicht. Einzelne Fälle sind bereits entschieden, und zwar in einem für die Arbeiter ungünstigen Sinne.

Das Gewerbegericht stellt sich auf den Standpunkt, daß die Verordnung vom Demobilisationsamt erlassen ist, ohne Gegenzeichnung der Volksbeauftragten und ohne daß sie im Reichsgesetzblatt amtlich publiziert worden ist. Deshalb habe die Verordnung keine rechtsgültige Kraft. Das ist ein sonderbarer Standpunkt des Gewerbegerichts, der beweist, daß die Revolutionzeit spurlos an diesem Gericht vorübergegangen ist. Es gibt noch viel aufzuräumen.

Zur Verdringung Lieblincks.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Macht den Arbeitern die Teilnahme an der Verdringung des Genossen Lieblinck nicht unwohl!

Sonnabend, den 25. d. M., sollen die Arbeiter zur Verdringung des unersetzlichen Idealen der Proletarierziele antreten. Ja, es wäre beschämend für die gesamte Arbeiterklasse, wenn sie etwas anderes darunter verstände, als die Achtung und Ehrung dieser Vorkämpfer selbst. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß es zu würdigen, welche großer Tag der Sonnabend ist. Aber es ist unmöglich, in derartigem stillen, sollte die Beteiligung durch irgendwelche politische Tendenzen zu dem gemocht werden, was man von dem Spartakusbund nach dem anderen Flugblatt willens ist. Fordern wir, was der Revolution entspricht, aber machen wir das Lieblinckbesinnnis nicht durch Kräfteausbrüche, durch Anstößigkeiten zur bedauerlichen Angriffsbaß der bürgerlichen Blätter.

Ehren wir unsere großen Toten mit Schweigendem Ernst. Auch wir meinen, daß die Teilnahme an der Verdringung der Revolutionstoten eine Ausdehnung aller Richtungen für den Sozialismus und seiner Vorkämpfer sein soll und nicht eine bestimmte Parteilinie haben darf. Aus diesem Grunde sollten auch wir es für selbsterklärend, daß sie unsere Absichten entsprechend, einen würdigen und damit imponanten Verlauf nehmen muß.

Sämtliche Arbeiter-Samariter und Samariterinnen werden hierdurch dringend ersucht, im Interesse der Kolonne zur Verdringung der Revolutionstoten am Sonnabend den 25. Januar, morgens pünktlich 9 Uhr im Vereinslokal Melchiorstraße 15, mit Karte und Karte für die Einteilung zu erscheinen. Jede Karte muß den Behörden sowie den Korporationen gegenüber gestempelt sein. Alle Karten ohne Stempel sind unzulässig und abzulehnen.

Der Vollzugent des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates erläßt folgende Bekanntmachung: Alle Bekanntmachungen, Verfügungen und Legitimationen des Vollzugent des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, die nach dem 20. Januar erlassen bzw. ausgestellt werden, tragen die Unterschrift Paul Neue, Reichsminister.

Die Verdringung des Arbeiter-Samariters Genossen Hans Müller, welcher beim Sturm auf den „Vormärz“ bei Ausführung seiner freiwilligen Pflicht erschossen wurde, fand gestern unter großer Beteiligung von der Reichshalle des Schauspielhaus Hannoverische Straße auf dem Friedhof in Friedrichshagen statt. Fast vollständig war die Kolonne Groß-Berlin des Arbeiter-Samariter-Bundes erschienen, die Sanitätskommission und andere militärische Formationen hatten Delegierte mit Kränzen entsandt. In der Kapelle der Reichshalle hielt Genosse Dr. Noack, der seit Jahren die Ausbildung und Erziehung der Arbeiter-Samariter leitete, eine ergreifende Ansprache, darauf sang der Sängerbund ein Abschiedslied und der Zug setzte sich in Bewegung. Am Grabe sprach der Oberarzt der Sanitätskommission und einige Kameraden des Verdringenen.

Neuer Gedenkstein für den Vorkämpfer der Arbeiterbewegung der Stadt Berlin dekorierte sich kürzlich ein Leber der „Freiheit“ in einer Aufschrift an uns. Wir geben dieser Bekräftigung in Nr. 87 der „Freiheit“ Raum. Jetzt haben wir eine neue Aufschrift, unterzeichnet Dr. Caspari, Obmann der Hilfskräfte für das Vor-

mundschaftsamt der Stadt Berlin und Mitglied des Arbeiterrats Groß-Berlin, erhalten. Dr. Caspari teilt darin mit, daß er eine Versammlung der angelegten Hilfskräfte abgehalten habe, in der festgelegt worden sei, daß die Beschuldigungen gegen den Vorkämpfer nicht zutreffen.

Die Verpflichtung zur Offenhaltung offener Verkaufsstellen, in denen Handel mit Lebensmittel irgendwelcher Art stattfindet, ist durch Verordnung des Magistrats vom 20. Januar 1919 ab für Groß-Berlin auf die Zeit bis 1 Uhr abends eingeschränkt.

Die Berliner Sparkasse und ihre Zweigstellen werden auf Anordnung des Magistrats vorläufig nur in der Zeit von 9 bis 1 Uhr werktäglich für den Verkehr mit dem Publikum offen gehalten.

Aus den Organisationen.

Wilmersdorf. Am Donnerstag, den 24. Januar und Sonnabend, den 25. Januar, finden um 10 Uhr abends Versammlungen der Funktionäre und Mitglieder im Restaurant Schilling, Rosenburger Str. 21, statt. Anwesenheit aller Mitglieder erwünscht; zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht. — Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Wislawa-Gymnasium, Pfalzburger Str. 31/32, öffentliche Volksversammlung. Referent: Frau Tony Freilich.

Preibors. Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Volksversammlung in der Aula des Gymnasiums. Tagesordnung: Die preußischen Nationalwohlen. Referent: Genosse Schenk, Berlin.

Marienthal. Am Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Gerde, Berliner Straße 114, eine Mitgliederversammlung statt. Stellungnahme und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung.

Rehendorf. Am Sonntag, den 20. Januar, hat P. H. hier ein Ortsverein der U. S. V. gebildet. Es traten sofort 20 Genossen dem Wahlverein bei und ist die beste Aussicht vorhanden, in aller nächster Zeit die Mitgliederzahl beträchtlich zu erhöhen. Jeden zweiten Donnerstag im Monat Zusammenkunft im Lokal von Starke, Rehendorf, Teltower Str. 25. Alle Mitglieder sind zu senden an den Vorsitzenden Genossen Paul Schäfer, Rehendorf, Hauptstraße 18.

Berlin „Arbeiter-Jugendheim“ Steglitz-Friedenau. Am Freitag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, findet bei Kade, Friedenau, Gendarmenstr. 60/61, eine Generalversammlung statt und wird u. a. auch über die Wiedereröffnung des Jugendheims verhandelt.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Kopenhagen. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schillingersdamm 10.

Von der Verlagsanstalt freigegeben sind: Die Eitencamane von Isolante Margé:

„E III“

Ein Eitencamane aus Berlin

Preis M. 4.—

als Fortsetzung:

„Lillis Ehe“

Ein Eitencamane

Preis M. 4.—

Lilli Braun schreibt: ... eben so glänzende wie hochschätzbar getraute Eitelkeit: ungen der Verhältnisse, in denen die Jugend von Berlin heute aufwächst ... ein überaus nützliches Werk für die Kufführung! Für Kinder ist es natürlich nicht bestimmt ... fernere ist erschienen:

„Hinter geweihten Mauern“

von Vater Verdicus.

Aufzeichnungen eines Klostergeistlichen

Preis M. 4.—

Die Nachfrager nach diesem Buche hat gezeigt, daß die Memoiren des Vater Verdicus in allen Volksteilen lebhaftes Interesse erregt haben. Überall sieht man die Leute lesen und protestieren auf Proteste gegen das Verbot, das wiedereinstellt: aller Gelübde.

Zu beziehen durch:

Locher & Co., Berlin W 9, Köpenicker Str. 27. Abt. 8.

KURT WOLFF VERLAG
LEIPZIG

Nach Aufhebung der Zensur
ist jetzt wieder überall erhältlich:

Heinrich Mann
Der
Untertan

Gebunden M. 1.50 / Auflage 80000

Das Deutschland Wilhelms II.

Der erste große deutsche politische Roman. —
„Der Untertan“ soll heute gelesen werden.
Er ist aktuell in jedem Sinne.

Berliner Börsencourier

**Sprech-Apparate
und Platten**
BIAL & FREUND
ALEXANDRINENSTR. 97
BERLIN S 42



GROSSE AUSWAHL
BILLIGE PREISE.
Auf Wunsch
BEQUEME
ZAHLWEISE

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Die Menschenrechte.

Ein Dokument des Monarchismus, die Grundform der
den Aufbau wahrhafter Volksgesellschaft.

Zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht.

Preis 1. — Mk.

Ziegelbrenner Verlag München 23 M. H.

PAUL CASSIRER VERLAG

Sozialistische Schriften
zur Revolution

KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.

Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalitäten
und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Ungetragene
feldgraue Militär-Mäntel

werden sofort gegen Zivilkleidung eingetauscht.

Bekleidungsamt Garde Lehrstr. 57,
zwischen 9 bis 2 Uhr.

Möbel-Gross

im Osten: Gr. Frankfurter Strasse 141

im Norden: Invalidenstrasse 5

500 Mk. Anzahlung

genügen zum Kauf einer

kompl. Wohnungseinrichtung.

Bei Barzahlung Preisermäßigung.

Kriegsbeschädigte, Kriegswitwen,

Kriegsretirade erhalten besonders

zünftige Bedingungen und

Preisermäßigungen.

Einzel-Möbel, kunte Küchen in großer

Lieferung auch nach auswärt. Kriegsanleihe

und Sparanlagen nehmen in Zahlung.

6 Botenfrauen

sucht Spedition Hennig,
Lottinstr. 14.

Botenfrauen

sucht Spedition Paul,
Köpenicker Weg 18.

Botenfrauen

sucht Spedition
Schulz, Friedenau,
Rheinstraße 51.

Botenfrauen

sucht Spedition
bei ganz Berlin, Nr. 24, Freiheit,
Blau, Rosenstraße 10.

Zellungs-
austrägerinnen

werden eingestellt in der
Expedition der „Freiheit“,
Berlin N.W. 6, Schillingers-
damm 19, 4 Treppen.

Botenfrauen

für die Freiheit stellt ein
Spedition Tempelhof

Barisch
Friedrich-Wilhelm-Str. 80
Hal part.

Botenfrauen

sucht Spedition, Thornsseifer,
Lücker Straße 41.

Botenfrauen

sucht Spedition, Engel, Berlin-
Lichtenberg, Neue Altkönigsstr. 26.

Botenfrauen

suchen jetzt Spedition, Marie
Schling, Berlin W, Gieselerstr. 24,
S. 1017.

10 Botenfrauen

sucht Spedition Arnt,
Königsstraße 7.

Botenfrauen

sucht
Spedition Henkel
Usedomstr. 18

Achtung! Arbeiterräte der U. S. V.

Am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr findet
im Abordnungshaus eine Sitzung der Arbeiterräte
der U. S. V. statt. Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Reaktionsvorstand
A. Bista.